

PRESSEMITTEILUNG

## Fakten-Check zum EU-Emissionshandel: Deutsche Stahlindustrie argumentiert mit 'Horror-Szenarien'

Morgen diskutiert der Umweltausschuss des EU-Parlaments über die Ausgestaltung des EU-Emissionshandels nach 2020. Eine zentrale Streitfrage ist die kostenlose Vergabe von Zertifikaten. Die energieintensive Industrie will eine ambitionierte Reform verhindern und droht mit Kosten und Arbeitsplatzverlusten - deren Zahlen halten einer genaueren Prüfung jedoch nicht stand.

„Der Emissionshandel muss als zentrales Instrument der EU-Klimaschutzpolitik endlich auch Anreize zur Emissionseinsparung setzen“, kommentiert Björn Klusmann, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Im EU-Parlament wird morgen über den Emissionshandel nach 2020 diskutiert. Das Politikinstrument, das bisher wenig zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beigetragen hat, soll fit gemacht werden für die nächste Handelsperiode. Dazu müsste aber der vorliegende Entwurf der EU-Kommission deutlich nachgebessert werden. Eine zentrale Streitfrage an dieser Stelle ist die kostenlose Vergabe von Zertifikaten an die Industrie. Von energieintensiven Industrien wurden im Vorfeld mithilfe von Studien „Horror-Szenarien“ skizziert, um die Reform zu verhindern.

Zur Versachlichung der Diskussion hat das FÖS beispielhaft die Studien von Prognos und Ecofys untersucht, die im Auftrag der Stahlindustrie erstellt wurden. In der Analyse kommen die Autor\_innen zum Ergebnis, dass die in der Öffentlichkeit genutzten Zahlen von hunderttausend gefährdeten Arbeitsplätzen auf einer Reihe unrealistischer Annahmen basieren. „Beispielsweise gehen die Berechnungen von einem hohen CO<sub>2</sub>-Preis von 40 Euro aus - das ist angesichts der aktuellen Preise von vier Euro und der hohen Überschüsse unrealistisch“, erklärt Swantje Fiedler, Leiterin Energiepolitik beim FÖS. Die angeblich hohen Kostenbelastungen für die Stahlindustrie entstünden nur dadurch, dass von ungebremstem Wachstum ohne ernsthafte Klimaschutzanstrengungen ausgegangen werde. Da ein solches Szenario kaum mit den Klimaschutzzielen vereinbar ist, müssten wiederum viele Zertifikate zugekauft werden.

Nach den Vorschlägen der EU-Kommission soll sich an der Praxis der kostenfreien Zuteilung von Zertifikaten für viele Branchen kaum etwas ändern. „Die aktuellen Verhandlungen sind die letzte Chance für einen wirksamen Emissionshandel. Wir müssen eine Reform realisieren, die zu einem funktionierenden CO<sub>2</sub>-Markt führt und die Dekarbonisierung in der Industrie mit adäquaten Preissignalen einleitet“, sagt Fiedler. Zu den notwendigen Reformen gehört eine stärkere Verknappung der Zertifikate sowie ein Löschen von Überschüssen, um den CO<sub>2</sub>-Preis auf ein investitionsrelevantes Niveau zu heben. Das FÖS macht in seinem Papier außerdem einen Vorschlag, auf welche Weise die kostenlose Zuteilung stärker auf emissionsintensive Branchen wie die Stahlindustrie konzentriert werden könnte. Mit einem abgestuften Ansatz („Tiered Approach“) würden manche Branchen mehr kostenlose Zertifikate bekommen als andere. „Wenn man schon weiterhin so viele Zertifikate kostenlos vergeben will, dann muss man sie wenigstens sinnvoll verteilen“, fordert Fiedler.

### Kontakt:

Martin Ruck, Referent Politik und Kommunikation, [martin.ruck@foes.de](mailto:martin.ruck@foes.de), 030-7623991-41

### Weitere Informationen:

FÖS (2016): Auswirkungen des Emissionshandels nach 2020 auf die deutsche Stahlindustrie, [www.foes.de/pdf/2016-09-FOES-ETS-nach-2020-Stahlindustrie.pdf](http://www.foes.de/pdf/2016-09-FOES-ETS-nach-2020-Stahlindustrie.pdf)

Deutscher Naturschutzring (2016): Reform des europäischen Emissionshandels für den Zeitraum 2021 bis 2030, [www.eu-koordination.de/PDF/ets-factsheet.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/ets-factsheet.pdf)